

Information zur Datenverarbeitung: SEPA-Lastschriftverfahren

Zur Wahrung Ihres Rechts auf informationelle Selbstbestimmung informiert der Verantwortliche an dieser Stelle gemäß Art. 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

1. Verantwortlicher

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist der:
Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster
Der Vorstandsvorsteher
Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer
Tel: 0 35 74/ 46 77 0; Fax: 0 35 74 / 46 77 201
E-Mail: aev@schwarze-elster.de;
Internet: www.schwarze-elster.de

2. Datenschutzbeauftragte/r

Der Verantwortliche hat eine/n Datenschutzbeauftragte/n gemäß Art. 37 DSGVO benannt:
Datenschutzbeauftragte/r
Tel.: 03574/ 46 77 131;
E-Mail: datenschutz@schwarze-elster.de

3. Zweck der Verarbeitung

Personenbezogene Daten werden verarbeitet, damit der Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster folgende Tätigkeiten durchführen kann: Durchführung des SEPA-Lastschriftverfahrens, um die Abfallgebühren bei Gebührenpflichtigen fristgerecht einzuziehen bzw. Erstattungen an den Gebührenpflichtigen durchführen zu können.

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO i.V.m. Art. 7 DSGVO.

5. Erhebung von Daten bei Dritten

Grundsätzlich erhebt der Verantwortliche personenbezogene Daten bei der betroffenen Person. Werden Daten bei Dritten erhoben, wird die betroffene Person nach Art. 14 DSGVO, einschließlich der Quellenangabe, informiert.

6. Empfänger der Daten

Ihre personenbezogenen Daten erhalten diejenigen Stellen, die diese zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung benötigen: interne Abteilungen: Kundendienst, Buchhaltung; externe Stellen: Geldinstitute, Dienstleister (z. B. Rechenzentrum)

7. Datenübermittlung an ein Drittland

Es erfolgt keine Datenübermittlung an ein Drittland oder an internationale Organisationen.

8. Entscheidungsfindung

Es erfolgt keine personenbezogene automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling).

9. Speicherdauer

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten für die jeweilige Aufgabenerfüllung einschließlich etwaiger Dokumentationspflichten erforderlich ist. Die Daten werden nach Kündigung des SEPA-Lastschriftmandats eingeschränkt und nach 10 Jahren Aufbewahrungsfrist (gem. Handelsgesetzbuch, Abgabenordnung, AEV-Dienstanweisung zur Archivierung) gelöscht.

10. Ihre Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO sowie das Recht auf Widerruf der Verarbeitung nach Art. 21 DSGVO.

Des Weiteren hat jede betroffene Person das Recht, aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO zu widersprechen, sofern der Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann. Das Recht zur Löschung nach Art. 17 DSGVO kann nur umgesetzt werden, wenn keine anderweitigen gesetzlichen oder vertraglichen Aufbewahrungspflichten bestehen. Sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Ihr Widerspruch oder Ihr Widerruf bei einer Einwilligung kann formlos an die in Punkt 1 genannte Stelle erfolgen.

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde: Landesbeauftragte für den Datenschutz Brandenburg, Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow, Tel.: 033203 - 356 0, Fax: 033203- 356 49, E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de Internet: www.lda.brandenburg.de.

11. Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Sie sind nicht verpflichtet, ihre Daten zur Verarbeitung bereitzustellen. Wenn Sie keine Daten bereitstellen, kann das SEPA-Lastschriftverfahren nicht durchgeführt werden.

12. Verletzung des Datenschutzes

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch den Verantwortlichen eine Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt der Verantwortliche die betroffene Person darüber.